



Referat von NR Melchior Ehrler, Direktor Schweizerischer Bauernverband SBV, gehalten an der Medienkonferenz vom 22. August 2002 in Bern

Verbesserungsvorschläge zur Agrarpolitik 2007

Wir äusseren uns schon einige Male zu den Vorstellungen von Bundesrat und Verwaltung über die Weiterentwicklung der Agrarpolitik. Ende letztes Jahr erarbeiteten wir eine umfangreiche Vernehmlassungsantwort. Auch zur Botschaft nahmen wir wiederholt Stellung. Wir bleiben bei unserer Einschätzung, dass die bundesrätlichen Vorstellungen zur AP 2007 die Situation und Anliegen der Bauernfamilien insgesamt zu wenig berücksichtigen.

Von Seite des Bundesrates und des Bundesamtes für Landwirtschaft (BLW) wird angeführt, ihre Vorschläge zur AP 2007 würden von der Landwirtschaft über weite Strecken begrüsst. Auch wenn man das mit viel gutem Willen so sehen kann, gehen unsere Meinungen in wesentlichen Teilen auseinander. Zudem richtet sich unser Widerstand streckenweise weniger gegen einzelne Punkte, sondern gegen den Geist, welcher die Vorlage durchwirkt.

Bundesrat und BLW fordern dazu auf, die Landwirtschaft konsequent auf noch mehr Markt und Wettbewerb zu trimmen. Was hier in den letzten zehn Jahren geleistet wurde, wird kaum gewürdigt. In Bern schenkt man den wirtschaftlichen, sozialen und strukturellen Auswirkungen einer solchen Politik wenig Beachtung. Ein beschleunigter Strukturwandel wird gezielt gesucht oder nonchalant in Kauf genommen. Der Diskussion, ob ein forciertes Bauernsterben mit dem Verfassungsartikel, der Pflichten und Verantwortlichkeiten der Eidgenossenschaft im Politikfeld Landwirtschaft festschreibt, noch vereinbar ist, weicht man aus. Die fehlende Bereitschaft, auf die für die Bauernfamilien unmittelbaren Konsequenzen differenziert einzugehen, ist beunruhigend.



Diese Grundhaltung erfüllt die Bauernfamilien mit Sorge und Unverständnis. Dies umso mehr, als der Markt schwierig ist - aktuelles Beispiel ist der Milchsektor - und die Einkommenssituation vieler Landwirtschaftsbetriebe sich zuspitzt. Die Bauernfamilien wünschen sich von der Politik das unmissverständliche Signal, dass sie nicht einfach im Namen der internationalen Wettbewerbsfähigkeit wegliberalisiert werden sollen.

Unsere zentralen Anliegen zur AP 2007 sind die folgenden (s. auch Beilage AP 2007 aus Sicht des SBV - wichtigste Verbesserungsvorschläge):

- Die AP 2007 ist auch eine Finanzvorlage. Sie beinhaltet den Bundesbeschluss über die finanziellen Mittel für die Landwirtschaft in den Jahren 2004-2007. Der Rahmenkredit soll gegenüber den 14'029 Mio. Franken der Periode 2000-2003 um 0,45 Prozent auf 14'092 Mio. Franken erhöht werden. Wie in der Botschaft nachzulesen ist, liegt diese Aufstockung deutlich unter der geschätzten Inflationsrate und der Entwicklung der Bundesausgaben. Damit können wir uns nicht einverstanden erklären. Die staatlichen Gelder fliessen in erster Linie in die Direktzahlungen, welche Abgeltungen der Gesellschaft für die multifunktionalen Leistungen der Landwirtschaft sind. Das Erbringen dieser Leistungen ist mit Kosten verbunden, welche ihrerseits der Teuerung unterliegen. Die Direktzahlungen sind ein wichtiger Einkommensbestandteil und machten im Jahr 2002 22,1 Prozent des durchschnittlichen Rohertrags der Landwirtschaftsbetriebe aus. In anderen Sektoren ist die Gewährung des Teuerungsausgleichs, den wir für den Rahmenkredit fordern, eine Selbstverständlichkeit.

- Ebenfalls nicht mittragen können wir die Pläne bei der Milchkontingentierung. Der Bundesrat will bereits heute für die Jahre 2005 bis 2007 den schrittweisen Ausstieg festschreiben. Ohne Auffangmechanismus sind jedoch eine unkontrollierte Milchmengenausweitung und in der Folge ein beschleunigter Preiszerfall und Strukturwandel absehbar. Heute ist zu wenig klar, wie flankierende Massnahmen ausgestaltet sein müssen. Zudem wissen wir nicht, in welche Richtung die agrarpolitisch uneinige EU gehen wird. Die Wissensbasis ist heute zu schmal, um einen Entscheid dieser Tragweite zu fällen. Alle Beteiligten, auch wir von Seite der Landwirtschaft, sind gefordert, verschiedene Szenarien eingehend zu prüfen und die Erkenntnisse zu gegebener Zeit in den politischen Prozess einfließen zu lassen.

- Wir wehren uns auch gegen die vorgesehene Reduktion der Marktstützung. Eine weitere Senkung der Preise ohne gleichzeitige Kompensation über Direktzahlungen hätte negative Folgen für die bäuerlichen Einkommen. Eine Kompensation - auch in Form von "produktionsnahen Direktzahlungen" - käme den Bund teurer zu stehen als die Beibehaltung der Marktstützung. Veränderungen in diesem Bereich dürfen erst wieder zur Diskussion stehen, wenn sich dies aus internationalen Verpflichtungen heraus aufdrängt.

Es gilt das gesprochene Wort!